

Wettberib-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Volle Zeitung des Bezirks

Zeitungspreis: Vierfachjährlich 10 M. ohne Ziffern. — Einzelne Nummern 20 M. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigepreise: Die Leichensäule 200 M., darüber der Hauptmannschaft 15 M. im amtlichen Teil (ausser Beobachten) die Seite 200 M. — Eingekürzt nach Reklamen 200 M.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 100

Sonnabend den 29. April 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche hat sich weiter verbreitet unter dem Klauenviehbestande des Gutsbesitzers Adolf Friebe in Löwenhain.

In Ergänzung der hierigen Bekanntmachung vom 24. 3. 1922 — Wettberib-Zeitung und Frauensteiner Anzeiger vom 26. 3. 1922 — Nr. 73 bzw. 74 — werden weiter als Sperrgebiete erklärt: das verseuchte Gehöft sowie die angrenzenden Gehöfte der Gutsbesitzer Ernst Mende und Arthur Jäpel in Löwenhain.

Die erwähnte Bekanntmachung findet weiter sinngemäße Anwendung.

Erlöschen ist die Seuche unter den Klauenviehbeständen der Gutsbesitzer Hugo Friebe, Oswald Rehn, Emilie Walther in Löwenhain und Pauline verw. Kempe in Schellerhau. Die Gehöfe der Genannten bleiben weiter Beobachtungsgebiete.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 27. 4. 1922.

G 13 M.

Freiwillige Feuerwehr Dippoldiswalde

Sonnabend den 29. April Punkt 8 Uhr Übung.

Örtliches und Sachsisches

Dippoldiswalde. Der vom Bezirkstag gefasste Beschluss, den Bezirksgemeinden eventuell zu den Kosten, die ihnen bei Unterbringung Gemeindeangehöriger im Wettinstitut entstehen, einen Zuschuss aus Bezirksmitteln zu gewähren, spricht hoffentlich zu einer stärkeren Belegung des Stifts und damit zu besserer Ausnutzung der vorhandenen Räume mit Heizung und Beleuchtung bei. Bei der herrschenden Wohnungsnot ist das umso mehr zu wünschen. Bei den jüngsten Kohlenpreisen wird manche unbemittelte alte Person eine warme Stube nicht mehr haben. Im Wettinstitut hätte sie sie, und nicht nur das. Besonders sei noch hingewiesen, daß der Zuzug mit der Zahl der Untergesetzten steigt.

Am nächsten Dienstag findet bekanntlich die Veranstaltung zur Stärkung des Kriegerdenkmal-Fonds im Reichskronenaal statt. Das Programm sieht zwei Trios für Violin, Cello und Klavier, zwei für Gesang, Violine und Klavier vor, weiter auch Lieder mit Klavierbegleitung und Cello mit Klavierbegleitung, endlich auch Stücke für Violin und Klavier allein. Wir werden Werke von Mendelssohn, Beethoven, Schubert, Bach usw. zu hören bekommen, aber auch eigene Kompositionen der mitwirkenden Künstler werden zum Vortrag gelangen. Man darf wohl voraussehen, daß das Konzert etwas lange nicht hier Gebohnen bringen wird. Zum Schluss wird die Reichswehr-Kapelle noch zwei Märsche auf Heroldstrompeten vortragen. Wer früher Militäerkonzerte besucht, hat daran stets Gefallen gefunden, und als die gleiche Kapelle gelegentlich des Semester-Schlussballes im Verein „Glück zu!“ kürzlich hier ihre Heroldstrompeten erschallten ließ, errang sie sich außerordentlich großen Beifall. Einen gleichen Beifall fand aber auch ihre Musik, als sie damals zum Tanz auffielte, und daher wird auch diesmal sicherlich die Jugend gern wieder nach deren Melodien sich drehen und wiegen. Die Tombola ist reich bestellt, ihre Lose werden da schnell Abnehmer finden. Alles in allem verspricht die Veranstaltung also ganz hervorragend zu werden.

Bekanntlich ist für alle Schuhmacher des Amtsgerichtsbezirks Dippoldiswalde, soweit diese nicht der Zwangsinnung Glasblätter anzugehören haben, eine neue Schuhmacher-Zwangsinning mit dem Sieg in Dippoldiswalde erfolgt. Auch die Schuhmacher in Bärenfels und Schellerhau sind Mitglieder der neuen Innung. Die erste Innungsversammlung findet am 1. Mai d. J. nachmittags 2 Uhr im Gasthof „zur Sonne“ in Dippoldiswalde statt. Allen im Innungsbezirk wohnhaften selbständigen Schuhmachern kann im eigenen Interesse nur empfohlen werden, die erste Innungsversammlung zu besuchen. Die Tagesordnung lautet: 1. Beratung und Genehmigung der Satzung, 2. Wahl des Innungsvorstandes. Die bisherige freie Schuhmacher-Innung ist geschlossen worden.

Neue Bestimmungen über Hitzeferien in den Schulen. Das sächsische Kultusministerium hat die bisherige Verordnung über Unterrichtsaussall wegen Hitze aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt: Verträgt die Außentemperatur im Schatten 10 Uhr vormittags mindestens 25°C., so

darf der Unterricht an Schulen mit ganzfändigem Unterricht nicht über 12 Uhr mittags ausgedehnt werden. Unter der gleichen Voraussetzung ist an Schulen mit halbfändigem Unterricht der Vormittagsunterricht nicht über 11 Uhr vormittags auszudehnen.

— In der am Sonntag in Dresden stattgefundenen Frühjahrsgeneralversammlung des Konsumvereins „Vorwärts“ wurde der Halbjahresbericht erstattet. Die Mitgliederzahl stieg in dieser Zeit von 80 920 auf 83 486, der Umsatz von 79 auf 151, der Bruttumsatz von 12 auf 24 Millionen Mark. Um der Nachfrage nach weißer Ware genügen zu können, wurde ein zweiter automatischer Backofen angeschafft, der 1 151 000 M. kostete. Die Versammlung beschloß die Erhöhung des Mitgliederanteils von 200 auf 500 M. und die Herausgabe von 20 Millionen Mark Grundstücksanteilen in Stücken von 500 und 1000 M. bei 5% Verzinsung.

Unter der Aktenbezeichnung Steuer und Genossen stand eine Diebes- und Hohlerelgesellschaft vor dem Dresdner Schöffengericht. Die Anklage richtete sich gegen den 1882 zu Görlitz geborenen Händler Karl Willy Steuer, den 1893 zu Naundorf bei Dippoldiswalde geborenen Schleifer Friedrich Wilhelm Grohmann, beide bereits oft vorbestraft, den 1895 zu Klingenberg geborenen Arbeiter, jetzt Lokomotivführer in Senftenberg, Otto Paul Holzert, den 1889 zu Alsfelden geborenen Arbeiter Otto Gustav Beper, und den 1881 zu Breslau geborenen Schlosser, jetzt Fabrikarbeiter Reinhold Robert Stock, zum Teil in Dresden wohnhaft. Als Markthelfer einer Dresdner Firma hatte Holzert am 7. Nov. vergangenen Jahres Auftrag erhalten, einen Posten Stoffe im Werte von 25 000 M. nach dem Güterbahnhof in der Rosenstraße zu fahren. Er setzte die mit angeklagten Genossen davon in Kenntnis mit dem Bemerkung, seine Firma habe verschert gegen Diebstahl. Nach vorheriger Vereinbarung kehrte Holzert während des Transportes einmal ein, dann wurde inzwischen der ganze Wagen mit dem Stoffe weggefahren, sehr bald konnte aber der Gaunerstreit polizeilich aufgeklärt werden. Das Urteil lautete jetzt bei Holzert auf 6 Monate, bei Steuer und Grohmann auf je 5 Monate, bei Stock und Beper auf je 6 Wochen Gefängnis.

Kreischa. Das Sanatorium von Dr. Krapp ist in den Besitz der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte übergegangen. Damit hat diese Anstalt ihre erste eigene Heilanstalt erworben.

Rabenau. Der Oktoberjahrmarkt ist auf den 3. Sonntag im September verlegt worden. — Die Stadtgemeinde kaufte von der Thüringer Gasgesellschaft Aktien im Nominalwert von 5000 M. — Zum Defizit der Kraftwagenlinie muß die Gemeinde 7000 M. zuschießen. Der Generaldirektion soll nahegelegt werden, die Fahrstrecke zu verkürzen, um Betriebsstoff zu sparen.

Hainsberg. Wegen des Brandunglücks bei der Thoden'schen Papierfabrik in Hainsberg standen vor dem Tharandter Amtsgericht zwei Arbeiter eines Bauherrn, die durch Fahrlässigkeit den Brand verursacht haben sollen. Das Feuer war dadurch zum Ausbruch gekommen, daß diese Arbeiter den im Raume befindlichen Ofen überheizt hatten. Beide bestritten zwar vor Gericht die Schuld, doch wurde ihnen die Fahrlässigkeit nachgewiesen, so daß das Gericht zu einer Verurteilung kam und auf die Geldstrafe von 500 M. erkannte; außerdem müssen sie noch die Kosten des Verfahrens tragen. Im Nachfallungsfall treffen an Stelle der Geldstrafe 10 Tage Gefängnis. Ein Teil des beschädigten Gebäudes soll nicht wieder aufgebaut werden, da die Kosten sich zu hoch stellen.

Dresden. Nach statistischen Feststellungen durch den Direktor des sächsischen Landeskulturrates marschiert Sachsen an der Spitze in Bezug auf Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft. Dabei ist zu berücksichtigen, daß gerade die sächsischen Bodenverhältnisse nachgewiesenermaßen im Durchschnitt ungünstiger sind als die der anderen deutschen Länder. Trotzdem wurde an Getreide auf den Hektar geerntet im Durchschnitt im Jahre 1906—1920: in Sachsen 20,4 Doppelzentner, in Preußen 17,8, in Baden 16,0, in Bayern 15,0, in Württemberg 14,1 Doppelzentner. An Umlagegetreide liefern auf den Hektar berechnet ab: Sachsen 3,8, Preußen 2,8, Bayern 1,6, Baden 0,6 und Württemberg 0,4 Doppelzentner.

— Am 21. April fand bei der Dresdner Maschinenfabrik und Schiffswerft Uebigau der Stapellauf des Dampfers „Aheinsfahrt X“ statt. Das Schiff, eines der größten, das bisher für die Binnenschiffahrt von einer Werft an der Elbe erbaut worden ist, hat folgende Maße: Länge zwischen Stehen 75 Meter, Breite zwischen Spannens, Höhe auf der Seite 3,35 Meter, Tiefgang 1,21 Meter, normale Maschinen-

leistung 1350 PS. Der Dampfer wird auf dem Rhein die Strecke Basel bis Duisburg-Ruhrort befahren.

— Über 21 000 Wohnungssuchende sind zurzeit in Dresden vorhanden, darunter 6304 „Vordringliche“, die also zuerst zu berücksichtigen sind. Im Februar wurden 40 Dauerwohnungen neu beschafft. Die „Nicht-Vordringlichen“ können also auf eine Wohnung überhaupt nicht rechnen. — (Sieht man in gewissen Kreisen immer noch nicht ein, daß die Wohnungspolitik falsch war?)

— Das Vereinshaus in der Jinzendorffstraße ist vom Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium erworben worden, um später, wenn die Trennung zwischen Staat und Kirche vollzogen sein wird, als Helm der obersten evangelischen Kirchenbehörde Sachsen zu dienen. Dann werden auch die Sitzungen der Landeskynode im Vereinshaushal stattfinden, der bekanntlich schon einmal vor mehreren Jahren zu diesem Zwecke dienstbar gemacht worden war.

— Zum letzten Freitaler Kassenraub schreibt eine Dresdner Korrespondenz folgendes: Der verwegene Raub war von den 1896 zu Pöschappel geborenen Kaufmann, zugleich kommunistischen Parteiredner Karl Willy Becker, den 20 Jahre alten, aus Berlin gebürtigen Handlungsbüllsen Johannes Georg Steinert, und den 21 Jahre alten Glaser Karl Kirsten zur Ausführung gebracht worden. Steinert hat mehrere Sprachen erlernt, seine Eltern betreiben im Plauenschen Grunde eine Gärtnerei, er dürfte mit Becker sicher über die Grenze entkommen sein. Letzterer stand erst Ende März vor dem Dresdner Schöffengericht, er war mit einem gewissen Mengershause in einem großen Silberdiebstahl verwickelt, der während der letzten Weihnachtsfeiertage im Vereinshause auf der Jinzendorffstraße verübt worden ist. Obgleich bereits erheblich vorbestraft, war es Becker seinerzeit gelungen, im Vereinshause eine angesehene Stelle zu erlangen, er bezeichnete sich vor Gericht als ehemaliger Stellvertretender Direktor des evangelischen Vereinshauses, dort soll er eine ernste, christliche Befinnung zur Schau gefragt haben, um nach seinem Weggange als Redner der kommunistischen Partei aufzutreten. Obgleich feststand, daß der zum Silbertransport benötigte Reisekorb von Becker erst in Freital geholt worden ist, konnte er nur wegen Heblerei abgeurteilt werden. Becker erhielt ein Jahr. Mengershause neun Monate Gefängnis zudiktiert. Der dritte Räuber Kirsten hatte sich im Windbergbusche erschossen, als er sich von seinen Verfolgern umringt sah.

— In Bördorf haben zwei Lehrer sich erboten, kostenlos Spielnachmittage für Knaben und Mädchen abzuhalten.

Heidenau. Der Bezirksausschuß genehmigte mit Stimmenmehrheit das Ortsgefeh, wonach der Verdienstaussall bei Berufung zu öffentlichen Sitzungen (z. B. als Schöffen oder Geschworene) auf die Gemeindekasse übernommen wird.

Pirna. Am Mittwoch wurde hier eine aus 3 Personen bestehende Lehrerfamilie aus Neuhof bei Peterswald festgenommen, die in verschiedenen Geschäften Einkäufe gemacht und, um die Ware über die Grenze zu schmuggeln, diese in ihre Kleidungsstücke, in den Hut usw. eingenäht hatte. Während die Frau in Haft behalten wurde, wurden der Ehemann und das Kind gegen eine Sicherheitsleistung wieder entlassen. — Im Bezirk Pirna kostet ein 1900 - Gramm - Brof 14,15 M.

Pirna. Ein Zeichen des Niedergangs der Elbschiffahrt ist der Abbruch des am Ausschiffungspalz an der Elbe stehenden großen Prasserschen Krans. In der Blütezeit der Schifffahrt und der Sandstein-Industrie im Elbgebiet errichtet, hat er annähernd vier Jahrzehnte seiner Bestimmung gedient. Er war ein Wahrzeichen einstigen regen Schiffsverkehrs; jetzt stand er als totes Kapital da, nachdem die Folgen des Krieges ihm seine Existenzmöglichkeit genommen haben. Die einzige Hoffnung, daß Pirna als Umschlageplatz wieder seine alte Bedeutung erlangen werde, ist durch den Krieg gänzlich zerstört worden; für den jüngsten geringen Schiffsverkehr genügt der noch vorhandene schwimmende Prassersche Kran vollkommen. Der nun abmontierte Kran ist von einer Maschinenfabrik in der Umgegend angekauft worden.

Großröhrsdorf. Den Tod in der Lehmgroube fand hier der 47jährige Arbeiter aus dem Flüchtlingslager. Bei der Arbeit wurde ihm von hereinbrechenden Lehmmaßen ein Bein zerstochen und beim Fallen von der eigenen Spitzhacke die Schlagader zerstochen. Der Tod trat durch Verbluten ein.

Döbeln. Von Döbeln geht der Vorschlag aus, die Döbelner und Rothweiner Stadtkapelle zu einem Städtebund-Orchester zu verschmelzen und unter Leitung eines Stadtmusikdirektors zu stellen.

Kaufmännisch rechnet den Lehrern die Dienstwohnungen mit 7 M. für den Quadratmeter an.

Kamenz. In der Nacht zum Mittwoch versuchte der Arbeiter Freudenberg hier selbst zweimal seine Frau in einem etwa 5 Meter tief mit Wasser angefüllten Steinbruch zu ertränken. Die Frau vermochte sich jedoch unbemerkt an das Ufer zu retten und entkam. Ein mit Gift gemischtes Getränk sollte zur Ermordung der beiden Kinder dienen. Freudenberg wurde verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Leisnig. Die hiesigen Ärzte haben beschlossen, den jeweiligen Brotpreis als Grundlage für die Honorarberechnung zu betrachten. Sie geben das ihrer Kundenschaft durch folgenden Wartezimmeranschlag bekannt: „Das dauernde Fortschreiten der allgemeinen Teuerung zwingt uns Ärzte, unsere Honorarforderungen dem sinkenden Marktwert anzupassen. Wir werden uns künftig in bescheidenster Weise den herrschenden Brotpreis zur Rücksicht nehmen. Als Mindestsätze gelten daher bis auf weiteres die Friedenssätze von 1914 (3 M. für den Besuch, 2 M. für die Beratung, 1 M. für den Doppelkilometer Forstkommen, für Sonderleistungen die Sätze der allgemeinen Deutschen Krankenkasse von 1914) vervielfacht mit der Zahl, die sich ergibt, wenn der heutige Preis für 1 Pfund Brot durch 15 (1914 kostete 1 Pfund Brot 15 Pf.) geteilt wird.“ Das kommt ungefähr auf dasselbe heraus wie die Berechnung nach der Reichsindezziffer, hat aber vor dieser den Vorzug leichterer Verständlichkeit für das Volk.

Leipzig. Was der Osterhase alles bringt. In der Nacht zum Ostermontagabend hat eine unbekannte 18- bis 20-jährige Frauensperson in der Wohnung eines Friseurgehäfts-inhabers in L.-Möckern, wo sie auf Bitten eines Kunden zwecks ihrer Entbindung Aufnahme gefunden hatte, ein Kind geboren. Am nächsten Nachmittag schon ist sie ohne ihr Kind weggegangen, angeblich um ein wenig frische Luft zu schöpfen, und ist nicht zurückgekehrt. Ebenso hat sich jener Kunde, dessen Name dem Friseurgehäfts-inhaber ebenfalls unbekannt ist, nicht wieder sehen lassen.

Neugersdorf. In einem hiesigen Betriebe fand ein Arbeiter in den für die Kesselheizung bestimmten Kohlen eine größere Roburit-Patrone. Die Kohlen stammten aus Oberschlesien. Wäre die Patrone mit den Kohlen in den Betrieb mit automatischer Kesselbeschüttung gelangt, hätte sie entsprechend ihrer Größe eine furchtbare Explosion anrichten können.

Hohenstein-Ernstthal. Um die Wohnungsnot etwas zu mildern, läßt der gegenwärtige Nadelfabrikbesitzer Albert Haase im westlichen Stadtteil eine Siedlung von insgesamt 24 Einfamilienhäusern für seine Angestellten und Arbeiter errichten. Acht solcher Häuser sind bereits bezogen worden, die anderen im Bau. Auch will die Webfirma C. F. Jäckel an der Schönburgstraße zwei größere Wohnhäuser für ihre Angestellten erbauen. Andere Industrien planen ebenfalls Wohnungsbauprojekte. Zurzeit sind hier rund 400 Wohnungs-suchende vorhanden. Zum Bau von zehn Einfamilienhäusern bewilligten die Stadtverordneten der Genossenschaft „Eigenheim“ 970 000 M. Bauzuschüsse.

Crottendorf i. E. Hohe Preise werden jetzt bei den Holzversteigerungen in den erzgebirgischen Waldungen erzielt. Bei einer hier vorgenommenen Holzauktion wurden für 35% Festmeter Fichtenholz bis 64 200 M. geboten. Das ist pro Festmeter 1800 M. 1914 kostete der Meter 22–24 M.

Falkenstein. Für den Bau der Talsperre bei Muldenberg werden in einer Regierungsvorlage 18 Millionen Mark als dritter Teilbetrag vom Landtag angefordert. Die Gesamtkosten der Anlage waren auf Grund der im Sommer 1920 geltenden Lohnsätze und Baustoffpreise auf 35 Millionen Mark angegeben worden. Nach dem Preisstand vom 1. Jan. 1922 und infolge schwieriger Gründungsarbeiten, die sich vorher nicht halten feststellen lassen, ist aber mit einem Gesamtbauaufwand von 87 Millionen Mark zu rechnen.

Falkenstein. In gemeinschaftlicher Sitzung der beiden städtischen Körperschaften wurde von kommunistischer Seite der Antrag eingebrochen, daß am 1. Mai Pahnmusik gespielt und das Rathaus mit einer roten Fahne bestaggt werden soll. Die Stadtvorstellung beschloß, die Pahnmusik innerhalb der mit dem Stadtmusikkorps vereinbarten Vertragszahl (und zwar gegen 2 Stimmen des Stadtrates und gegen 4 Stimmen der Stadtverordneten) spielen zu lassen, dagegen das Aufziehen der roten Fahne auf dem Rathause mit 3 gegen 3 Stimmen des Stadtrates und mit 12 gegen 10 Stimmen der Stadtverordneten abzulehnen.

Auerbach. Die Diebe werden immer verwegener. So wurde in der Nacht zum Dienstag von einer am Auerbach gelegenen Scheune die am Dachstift entlang führende Blitzeleitung aus Kupferdraht abgeschnitten. Das gestohlene Gut ist bereits bei hiesigen Altwarenhändlern von den noch unermittelten Dieben — es handelt sich um junge Burschen — zum Verkauf angeboten worden. — In der Nacht zum Mittwoch wurde hier in den Lagerraum einer Autoreparaturwerkstatt eingebrochen und 18 Liter Benzin gestohlen. Der Dieb hat das Gestohlene bei einem Falkensteiner Autobesitzer zum Kauf angeboten und ist dabei festgenommen worden.

Reichenbach. Eine Antenne für drahtlosen Verkehr mit Berlin wird demnächst auch hier an der Bahnhofstraße errichtet. Die Einrichtung soll im Dienste der Allg. Deutschen Credit-Anstalt A.-G. hier stehen und ist zunächst für den direkten Verkehr mit der Berliner Börse und zur unmittelbaren Übertragung der Kurse bestimmt.

Rußlands Schuld am Kriege.

Vor einiger Zeit hat der russische General Dobrowoltski in einer Belgrader Zeitung einen Artikel veröffentlicht, der die Vorgänge bei der russischen Mobilisierung schildert. Dem Artikel kommt eine höhere Bedeutung zu, da er zum ersten Male eine zusammenhängende Darstellung der russischen Mobilisierung gibt, deren Vorgänge uns nur teilweise aus dem Suchomlinowprozeß und einigen anderen russischen und französischen Quellen bekannt sind. Dobrowoltski war bei Kriegsausbruch Chef der Mobilisierungsabteilung des russischen Generalstabes und hat als solcher maßgebenden Einfluss auf die russische Mobilisierung gehabt.

Er schreibt, um nachzuweisen, welche Schwierigkeiten die Mobilisierung hat überwinden müssen. Seine eigene Persönlichkeit steht im Mittelpunkt der Abhandlung; er war einer von denen, die „dazu berufen waren, in technischer Beziehung das Feuer unter den Weltherd anzulegen“.

Dobrowoltski selbst war Anhänger des Krieges und hat als solcher, wie er zugibt, auf den Krieg hingearbeitet. Bei Ausbruch des großen Krieges im Jahre 1914 überzeugte er den russischen Generalstabchef Janischewitsch von der Notwendigkeit der allgemeinen Mobilisierung. Die Tragweite dieser Maßnahme hatte er klar erkannt: „Ist der Zeitpunkt einmal festgestellt, so gibt es kein Zurück mehr. Er bestimmt mechanisch den Beginn des Krieges voraus.“

Der Zar wünschte die Teilmobilmobilisierung gegen Österreich-Ungarn und bis zum 27. Juli hält Sazonow an ihr fest. Am nächsten Tage aber überzeugte dieser sich, daß ein allgemeiner Krieg unvermeidlich sei und forderte die Gesamt-mobilisierung. Am 29. gelang es ihm und Janischewitsch, den Zaren von der Notwendigkeit dieser Maßnahme zu überzeugen — aus den Aussagen des Suchomlinowprozesses wissen wir, daß Suchomlinow den Zaren belog — und die Unter-schrift unter den Befehl zu erhalten. Am 30. Juli wurde er ins Reich weitergegeben. „Die Sache hatte unweigerlich begonnen. Eine Abänderung war nicht mehr möglich. Der Prolog des großen historischen Dramas hatte begonnen.“ Sazonow aber gab Janischewitsch nach dem Gespräch mit dem Zaren, in dem dieser seine Zustimmung zur allgemeinen Mobilisierung gab, für den Rest des Tages zu verschwinden. Damit wollte man dem Zaren eine Widerrufung des Befehls unmöglich machen. Gerade diese Mittelung Dobrowoltski ist außerordentlich wertvoll; sie beweist das Kriegstreiben des obersten russischen Beamten. Sazonow ist durch sie ausschließlich kompromittiert. Die allgemeine Mobilisierung am 30. Juli ist durch nichts begründet. Die Vorwände, die man für später gefunden hat, sind nicht stichhaltig. Auch sie beweist klar den Kriegswillen der russischen Machthaber. Trotz der ungeheuren Bedrohung Deutschlands durch die russische Gesamt-mobilisierung entschloß sich Deutschland erst am Nachmittag des 31., also 48 Stunden später, zur Mobilisierung.

Die Ausführungen Dobrowoltski sind ein neuer Beweis für die russische Kriegsfäulnis. Sie bedeuten einen neuen Riß in dem Versailler Vergleichsabkommen, das schließlich an seiner eigenen Unwahrhaftigkeit zusammenbricht.

Eine neue Überraschung.

Lloyd George fordert Erörterung der Sanktionsfrage.

Selbst einigen Tagen verfuhrte der englische Premierminister in privaten Besprechungen mit Schanzer und Barthou zu einer Einigung über seinen Lieblingsplan, den sogenannten „Europäischen Pakt“, zu gelangen, der bekanntlich eine zehnjährige Verpflichtung sämtlicher europäischen Staaten vorsieht, die Grenzen der anderen Staaten zu achten. Die Drohungen Poincarés in Bar-le-Duc haben aber Lloyd George davon überzeugt, daß ein solcher Burgfriedensvertrag keinen Wert halte würde, weil ein Teil Europas dauernd unter den feindlichen Drohungen einer oder mehrerer Mächte stehen würde.

Deshalb hat Lloyd George nach seiner Besprechung mit dem italienischen Außenminister dem Führer der französischen Delegation Barthou den überraschenden Vorschlag gemacht, daß sich alle Mächte, die den Vertrag von Versailles unterschrieben haben — mit Ausnahme Deutschlands — sobald in Genua vereinbart würden, um über das Problem der Sanktionen, ihre Anwendung und ihre Begründung sich ein für allemal schlüssig zu werden.

In einer amtlichen Mitteilung der englischen Delegation wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Mehrheit der in Genua versammelten Alliierten eine Aussprache über die Sanktionsfrage fordert. Die englische Regierung müsse die vom Ministerpräsidenten Poincaré vorgeschlagenen Maßnahmen lernen, denn seine Erklärung läßt eine sehr ernste Lage und die Maßnahmen, von denen er spricht, gingen alle Unterzeichen des Friedensvertrages an.

Französische Verschleppungsmandat.

Bon der französischen Delegation wurde zunächst der Einwand erhoben, daß die Sanktionsfrage dem Botschafterrat in Paris unterbreitet werden müsse, der um die Mitglieder der kleinen Entente und Polen zu vernehmen wäre. Lloyd George bestand jedoch darauf, daß die Konferenz der Signatarmächte des Versailler Vertrages in Genua zusammenentreten soll, da die Haupte der beteiligten Regierungen hier vollständig versammelt seien. Barthou hat sich vorbehalten, seine Regierung zu informieren.

Inzwischen hat Poincaré dem englischen Premierminister auf dem Umweg über die Havasagentur bereits wissen lassen, daß er der Einberufung des Obersten Rates nur unter einer der beiden folgenden Bedingungen zustimmen könne: entweder müßte die Zusammenkunft in Genua stattfinden, und zwar frühestens am 7. oder 8. Mai, da Poincaré erst nach der Rückkehr des Präsidenten der Republik von seiner osmanischen Reise daran teilnehmen könnte, oder die Zusammenkunft müßte, falls sie früher stattfinden sollte, in Paris abgehalten werden.

Es scheint übrigens, so heißt es in der Havas-Berichterstattung weiter, daß angeblich der besondere Atmosphäre, die durch die Anwesenheit der deutschen und der russischen Abordnung in Genua geschaffen sei, der Ministerpräsident eine gewisse Befriedigung fühle, die Zusammenkunft des Obersten Rates in dieser Stadt vor dem Schluß der Konferenz und der endgültigen Abreise der Vertreter Berlins und Moskaus anzunehmen.

Antifranzösische Stimmung im englischen Unterhaus.

Die Londoner Blätter berichten, Lloyd George beabsichtige, weitere 10 bis 14 Tage in Genua zu

bleiben und einen neuen entjagten Vertrag zu unternehmen, um die Konferenz zu retten. Bei dem Wiederzusammentreffen des Parlaments hätten sich die Mitglieder eingehend mit der Geneser Konferenz und der Haltung Frankreichs gegenüber dem übrigen Teile Europas beschäftigt. Parlamentsmitglieder, die ihre Wahlkreise besucht haben, hätten erklärt, daß die Stimmung im Lande gegenüber Frankreich ein tiefegehende Niederung erfahren habe. Die Haltung Frankreichs in Washington in der Urbohrung und in der Frage der Landstrümpfung habe Enttäuschung hervorgerufen. Die Obstruktion von Frankreich in der Frage der Einbeziehung Deutschlands und Russlands in das kommerzielle System verstärke den unangenehmen Eindruck, den Frankreich zu Weihnachten in Amerika hinterließ. Die Entente sei in Gefahr, ihre Innigkeit zu verlieren. Lloyd George halte es augenblicklich für seine Pflicht, in Genua zu bleiben und die chaotischen Zustände in Harmonie umzuwandeln. Wenn dieser Versuch schlägt, so werde Lloyd George die Urheber dieses Schlüsseles wesentlich anklagen.

Lloyd George redet Frankreich.

Auf Unterdrückung folgt Rache.

Auf einem Bankett der englischen und amerikanischen Journalisten gab Lloyd George eine Erklärung über die augenblicklich gespannte Lage ab, die an Schärfe und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Nach der „Daily News“ führte der englische Premierminister aus, Europa sei voll von unge lösten Fragen, von denen jede einzelne die Unmöglichkeit eines europäischen Brandes in sich schließe. Rußland und Deutschland, die zwei Drittel von Europa bildeten, ständen dem übrigen Teil in gewisser Beziehung entgegengesetzt gegenüber, und jedermann, der sich einbildet, man könne die zwei Drittel Europas durch irgend eine Kombination niederketten, sei verrückt. Das deutsch-russische Klimmen sei für manche eine Offense zu nennen; er habe jedoch schon seit langem daran hingewiesen, daß es unvermeidlich sei.

Lloyd George sagte weiter: Für den Augenblick gehören wir zu der triumphierenden Gruppe; diese Dinge können jedoch nicht ewig dauern. Wenn unser Triumph in Unterdrückung ausartet, so bleibt die Rache nicht aus, und Europa schwimmt noch zu Lebzeiten so weißhaariger Männer wie ich einer bin, wieder in Blut.

Die Russenfrage in Genua.

Kein Ultimatum an Rußland.

In der russischen Frage ist man in Genua bis heute nicht um einen Schritt vorwärts gekommen, da die russischen Delegierten aus prinzipiellen Gründen von einer Haupforderung der Alliierten — der Rückgängigmachung ihrer Sozialisierungen ausländischen Eigentums — nichts wissen wollen.

Die Gerüchte von einem bevorstehenden Ultimatum der Alliierten an Rußland veranlaßten die Vertreter der Neutralen, den Präsidiumskommission Schanzer um Ausklärung über die Verhandlungen mit den Russen zu bitten und wenn möglich Anregungen zur Beilegung des Zwischenfalls zu geben, damit die Verhandlungen ungefähr fortgesetzt werden können.

Schanzer erklärte, es sei nicht beabsichtigt, ein Ultimatum an die Russen zu richten. Man werde vielmehr versuchen, sich mit ihnen zu verständigen. Allerdings werde man einen gewissen Druck auf sie ausüben, damit sie zu weit gehenden Forderungen ermäßigen und damit eine Einigung ermöglichen.

Nachdem die Arbeiten der Konferenz während der dreiwöchigen Kommissionsberatungen nur sehr langsam geschehen waren, sollen nunmehr in der nächsten Woche öffentliche Sitzungen stattfinden, um, wie in englischen Kreisen erklärt wird, die Verantwortlichen vor aller Welt feststellen zu können. Die englische Delegation hält die augenblickliche Lage für sehr ernst. Wenn die Konferenz zusammenbrechen sollte, das auf die halsstarke Haltung der Russen zurückzuführen.

Die polnische Antwort an Rußland.

Die polnische Delegation hat in ihrer Antwortnote an Rußland die russische Forderung, daß Polen aus der Unterkommission zur Behandlung der russischen Angelegenheiten aufzuhören müsse, abgelehnt und sich ausdrücklich das Recht vorbehalten, an den Verhandlungen der Alliierten mit den Russen teilzunehmen. Die Existenz des Aligaer Vertrages von 1922, in dem nach russischer Meinung die rechtliche Anerkennung Rußlands durch Polen erfolgt ist, wird in der polnischen Note bestritten. Es handelt sich nur um ein Protokoll über die in Aliga stattgefundenen Aussprachen, und in diesem Protokoll werde festgestellt, daß die Anerkennung Rußlands von Polen für angenommen gehalten werde. Über ein Dokument, welches die Anerkennung Rußlands ausspreche, existiere in keiner Form.

Die Zahlung der Umsatzsteuer.

Boranmeldung und Vorauszahlung.

Die vor Ostern im Reichstag verabschiedeten neuen Steuergesetze haben eine Reihe wichtiger Neuerungen auf dem Gebiete des Steuerwesens gebracht. So hat, wie das Reichsfinanzministerium erneut bestont, die Novelle zum Umsatzsteuergesetz vom 8. April 1922 das System der vierjährlichen Vorauszahlungen eingeführt.

Die Steuerpflichtigen, bei denen der Steuerabschnitt mehr als ein Vierteljahr beträgt, haben im Laufe des April in einer kurzen Boranmeldung den Gesamtbetrag der in den Monaten Januar, Februar und März 1922 vereinbarten (gegebenenfalls der für die bewirkten Leistungen vereinbarten)

Entgelte, so weit sie nach dem Umsatzsteuergesetz steuerpflichtig sind, anzugeben. Gleichzeitig mit der Abgabe der Veranmeldung hat, was im Gegensatz zu anderslautenden Nachrichten besonders betont wird, eine entsprechende Vorauszahlung (zwei Prozent des Betrages) zu erfolgen. Diese Verpflichtung gilt zunächst nicht für diejenigen Berufe, in denen die Umsatzsteuer pauschaliert ist (Banken, Rechtsanwälte, Notare).

Haben Steuerpflichtige in den abgelaufenen drei Monaten einen Umsatz von nicht mehr als 5000 Mark beliefert, so wird ihnen nachgelassen, die entsprechende Vorauszahlung erst zusammen mit der nächsten Vorauszahlung zu leisten. Sie im übrigen nicht rechtzeitig, d. h. innerhalb des Monats April, eingehenden Vorauszahlungen werden ohne weiteres im Zwangsweg begetrieben, wobei, wenn auch keine Veranmeldung abgegeben ist, die Vorauszahlungen mindestens auf ein Viertel der auf das vorangegangene Kalenderjahr geschuldeten Steuer berechnet werden. Gleichzeitig sind 5 v. H. Verzugssätze zu zahlen. Die Vorauszahlungen werden auf die nach der Erklärung im Januar 1923 zu veranlagende Umsatzsteuer verrechnet. Sollte sich bei der endgültigen Veranlagung ergeben, daß der Gesamtbetrag der Vorauszahlungen um mehr als 20 v. H. hinter der Veranlagung zurückbleibt, so erhöht sich die Steuer um 10 v. H. dieses überschreitenden Betrages.

Für die Übergangszeit ist von Bedeutung: Wenn für Lieferungen aus Verträgen, die vor dem Tage der Verkündung des Gesetzes, d. h. vor dem 20. April 1922, mit festen Preisen abgeschlossen worden sind, so ist der Abnehmer mangels abweichender Vereinbarung verpflichtet, dem Lieferer einen Zuschlag zum Entgelte in Höhe von 0,5 v. H. des Kaufpreises zu leisten. Der Preiszuschlag gibt keinen Grund zur Vertragsaushebung.

Politische Rundschau.

Berlin, 28. April 1922.

Der Nestenrat des Reichstages ist auf den 29. April einberufen, um über den Termin des Wiedergemeinschafts des Reichstages Beschluss zu fassen.

Reichsfinanzminister Dr. Hermann hat Genua versprochen, um sich nach Würzburg zu begeben, wo am 29. April die Finanzminister der deutschen Länder zu einer gemeinsamen Beratung zusammenentreten.

Der liberale Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Dr. v. Olschansky ist zum Präsidenten des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ernannt worden.

Das Reichsgericht erkannte dem Reichsarbeitsminister im Gegensatz zu der Entscheidung des Oberlandesgerichts in Stettin das Recht zu, Schiedssprüche, die einen Tarifvertrag zum Inhalt haben, für verbindlich und allgemein zu erklären.

Der Prozeß gegen Kapitänleutnant Killinger, der in den Erbgeringmordprozeß verwickelt ist, wird erst Anfang Juni beginnen.

Nach einer Meldung der „Roten Fahne“ ist der Generalsekretär der Kommunisten Paul Krassik „wegen missbräuchlicher Verwendung von Geschäftspapieren“ aus der Partei ausgeschlossen worden.

In den nächsten Tagen wird in Cydkiuhnen (Ostpreußen) eine Eisenbahntagung eröffnet werden, an der Deutschland, Polen und Lettland teilnehmen werden.

Die Auslieferungsverlangen wegen des Petersdorfer Zwischenfallen. Wie Havas meldet, hat der Botschafterkonferenz in Paris den deutschen Botschafter gebeten, bei seiner Regierung den Antrag zu stellen, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen zur Ausfindigmachung und Überweisung derjenigen Personen an die Internationale Kommission in Oberschlesien, die der Teilnahme an den Ereignissen in Petersdorf beschuldigt werden und nach Deutschland geflüchtet sind. Die Konferenz besteht darauf, daß diesem Antrage unverzüglich Folge geleistet wird, weil jede Verzögerung geeignet wäre, die Frage der Verantwortlichkeit der deutschen Behörden aufzuwerfen, da sie dadurch sich dem Vorwurf aussetzen, die Richturteilung der Schuldigen zu begünstigen. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die deutsche Regierung dem Auslieferungsverlangen entsprechen wird. Eine Auslieferung der angeblich nach Deutschland geflüchteten Beschuldigten kommt nur in Betracht, wenn die zuständigen deutschen Gerichte in Oberschlesien das Verlangen auf Auslieferung stellen. Die deutschen Justizbehörden haben jedoch nicht die Untersuchung geführt, sondern die interalliierten Verwaltungsbehörden, die auch die Haftbefehle erlassen haben. Es wird übrigens auch die Auslieferung nicht an die ordentlichen deutschen Gerichte, sondern an die Kommission verlangt. Unter diesen Umständen dürfte die Reichsregierung dem Auslieferungsgebot der Botschafterkonferenz kaum stattgeben können.

Rheinlandkreise der Entente-Kriegsminister. Der belgische Kriegsminister und der französische Kriegsminister haben sich zu einer Besichtigung der alliierten Truppen ins besetzte Gebiet begeben. Nach zuverlässigen Meldungen handelt es sich bei diesem Besuch der belgischen und französischen Militärs im Rheinlande insbesondere um die Aufstellung des belgisch-französischen Operationsplanes, wobei durch eine persönliche Orientierung über die Gelände-Verhältnisse und Ortschaften der links- und rechtsrheinischen Ufergebiete vor allem Pläne zum Ausbau von verstärkten Brückenkoppen erörtert werden sollen. Bei dem Besuch von Hamburg richtete der belgische Kriegsminister an seinen französischen Kollegen anlässlich der Gedenkfeier für den ermordeten belgischen Deutschen Grafen eine von mächtiger Überhebung strotzende Ansprache, in der er von der „unbeschrankten Machtvollkommenheit“ der Besatzungstruppen über die Einwohner des besetzten Gebietes sprach. Es sei Sache der Einwohner selbst, dafür zu sorgen, daß sein Antrag die verantwortlichen Führer zwinge, von den ihnen verliehenen Machtvollkommenheit Gebrauch zu machen, wobei sie davon überzeugt sein könnten, daß sie, was auch eintreten möge, ebenso auf die unparteiische Berechtigkeit der alliierten Behörden (?) wie auf ihre strenge Festigkeit in der Erfüllung ihrer Aufgabe rechnen können. — Der französische Kriegsminister ist

nach Duisburg und Düsseldorf weitergereist, um die französischen Truppen zu besichtigen. Von dort begibt er sich wieder nach Paris.

Die Untersuchung gegen die braunschweigischen Minister. Der Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Sepp Dörfer gegen seine früheren Ministerkollegen erhobenen Beschuldigungen ist jetzt dem Landtag zugegangen. Dem früheren Justizminister Junke wird darin zur Last gelegt, daß er, als er eine Dienstreise nach Dresden machte, durch die Benutzung eines Automobils die Staatsfahrt mit fast 5500 Mark unnötig belastet habe. Die Frage, ob bei dieser Fahrt die gleichzeitige Abwesenheit des Ministers, des Kommandeurs der Schutzpolizei und seines Stabsoffiziers mit den Interessen des Dienstes verträglich war, da um diese Zeit Dynamitattentate in Braunschweig vorliefen, wird verneint. Weiter erklärt der Bericht, daß Junke wiederholt Dienstautomobile zu Privataufgaben benutzt und ein Amtsentdekkungsbefehl die Klage wegen eines von ihm überschrittenen Hundes gefälscht habe. Die Entscheidung hierüber soll den Gerichten überlassen werden. Die Untersuchung in Sachen der Minister Grothevoh und Antfeld hat nichts Belastendes ergeben; nur wird eine Autoreise Antfelds nach Kreisensen für unkorrekt gehalten. Bei der Schutzpolizei sind na chdem Bericht des Untersuchungsausschusses Dienstautomobile missbräuchlich benutzt worden und Unregelmäßigkeiten beim Wirtschaftsbetrieb vorgekommen. In einer ausreichenden Kontrolle habe es gefehlt, was hauptsächlich Junkes Schuld sei.

Der Gesundheitszustand des früheren Präsidenten der französischen Republik, Deschanel, der seit einiger Zeit an Grippe leidet, hat sich verschlimmert.

Nach englischen Meldungen haben die französischen Soldaten, die sich auf Urlaub befinden, Befehl erhalten, sofort zu ihrem Truppenteil in Frankreich oder am Rhein zurückzukehren.

Die Sowjetregierung hat dem polnischen Vertreter in Mosau eine Note zugehen lassen, in der sie Bezahlung der durch die Banden Petljuras in der Ukraine und in Weißrussland angerichteten Schaden fordert.

Frankreich: Eine neue Millerand.

Der Präsident der Republik Millerand hielt vor dem Verlassen des algerischen Bodens in Philippeville eine Abschiedsrede, in der er die Aufführungen Boincarés in Val-de-Mer in vollem Umfang billigte. Über die Haltung gegenüber Deutschland sagte Millerand, Frankreich habe nichts dagegen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen unter der einzigen, aber notwendigen Voraussetzung, daß die Entnazifizierung und die Wiedergutmachung an erste Stelle gefestigt werden. Zum Vertrag von Rapallo sagte Millerand: „Dieser Vertrag muß von allen Bestimmungen gereinigt werden, welche dem Versailler Vertrag widersprechen.“

Die unmöglichen Reparationen.

London, 27. April. „Daily Telegraph“ meldet aus New York, der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, der am Dienstag nach London abgeföhrt ist, erklärt, er werde die Konferenz in Genua besuchen, jedoch nicht in offizieller Eigenschaft. Nach Ansicht Gerards werde der zehnjährige Burgfriedenspakt das Hauptergebnis der Genuener Konferenz sein. Gerard teilte mit, er werde vielleicht einige Tage in Berlin verbringen. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland die Reparationen, die die Alliierten verlangen, nicht bezahlen könne.

Die zweite Wollsituation in Genua.

Genua, 27. April. Am Montag wird wahrscheinlich eine Wollsituation der Konferenz stattfinden, auf der Lloyd George im Einverständnis mit den Alliierten seinen europäischen Pakt einbringen wird. Man schreibt ihm die Absicht zu, dies auch unabhängig von dem Gang der Verhandlungen mit Russland tun zu wollen.

Tagung der Signatarmähte.

Paris, 27. April. Wie es heißt, ist die Einladung zu einer Tagung aller Signatarmähte des Friedensvertrages von Versailles in Genua nicht nur von Lloyd George, sondern von der Weisheit der alliierten Regierungen, die sich in Genua befinden, ausgegangen.

Belgischer Militarismus.

Brüssel, 27. April. In Belgien beginnen demnächst die Parlamentsberatungen über die Heeresreform. Es handelt sich nicht nur um eine zeltgemäße Umbildung des Heeres hinsichtlich seiner Stärke und Einteilung, sondern um alle Fragen der Wehrhaftmachung des Volkes und der Sicherstellung der Mobilisierung auf allen Gebieten. Bis zum Juni 1923 soll das in enger Anlehnung an Frankreich zu schaffende Werk vollendet sein.

Aus dem besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 27. April. In Höchst a. M. ist ein französischer Offizier bei einem Wirtshaus erstickt worden. Die Blätter im besetzten Gebiet sind bis jetzt an der Veröffentlichung dieses Vorfalls durch die Besatzungsbehörde verhindert worden. Nur das „Hochst Kreisblatt“ bringt in seinem Anzeigenteil eine amtliche Bekanntmachung, in der es heißt, daß infolge des Borkommissons Tanzvergnügen bis auf weiteres verboten sind.

Valutagewinne und Papierausfuhr.

Berlin, 27. April. Wie in gleichen unterrichteten Kreisen verlautet, beabsichtigt die Regierung bei der Durchführung der vom Reichstag geforderten gesetzgeberischen Aktion zur Verbilligung des Zeitungsdruktpapiers einen erheblichen Teil der Valutagewinne, die sich bei der Ausfuhr von Papier und Papierfabrikaten ergeben, heranzuziehen. Diese Beiträge sollen dann dazu verwendet werden, die Preise des Zeitungsdruktpapiers künftig zu senken.

Gedenktafel für den 28. April.

1799 Raatster Gesandtenmord — 1853 † Der Dichter Ludwig Tieck in Berlin (* 1773) — 1858 † Der Physiologe Johannes Müller in Berlin (* 1801) — 1898 † Der Schriftsteller Heinrich v. Treitschke in Berlin (* 1834).

Aus Stadt und Land.

Brutale Raubgesellen überfielen in Bonn den über eine Brücke kommenden Dr. Roth in der Nacht. Sie beraubten den Doktor und forderten ihn dann auf, ins Wasser zu springen. Als Dr. Roth sich weigerte, versuchten ihn die Räuber mit Gewalt hinabzustoßen. In seiner Todesangst klammerte sich der Überfallene an dem Gitter fest. Jetzt zogen die Männer ihre Messer und brachten dem Überfallenen Schnitte an den Fingern bei, so daß er loslassen mußte. Glücklicherweise erfaßte Dr. Roth beim Sturz eine Eisenstange, wodurch es ihm möglich wurde, ein unter der Brücke hängendes Gerät zu ergreifen. Auch dorthin folgte ihm einer der Männer, schlug ihm das Nasenbein entzweit und richtete ihn furchtbar zu. Jetzt verschwanden die Räuber, während sich Dr. Roth blutüberströmmt noch house schleppte.

Gefährliches Spielzeug. In Neukranzig an der polnischen Grenze wurden die Söhne eines Häuslers im Alter von neun und zehn Jahren beim Spiel mit Schrapnells getötet.

10 Tote infolge von Methylalkoholvergiftung. Zu der Methylalkoholvergiftung auf dem Dampfer „Watsnes“ im Hamburger Hafen wird berichtet, daß weitere Arbeiter gefordert sind. Die Zahl der Toten hat sich somit auf 10 erhöht. Eine große Anzahl schwedt noch in Lebensgefahr. Auch auf Nachbarschiffen haben viele Leute von dem Inhalt der ledig gewordenen Fässer getrunken.

Steine Nachrichten.

Die Bürsten-, Pinsel- und Holzwarenfabrik S. Adler in Eisenstein ist mit fertigen Waren- und Holzvorräten völlig niedergebrannt.

Volkswirtschaft.

Saatenstandbericht des Deutschen Landwirtschaftsrates. Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Beihältnisse ungünstig. Der Weizen hat sehr stark durch den strengen Winter gelitten. Das schlechte Wetter der letzten Wochen mit Schneeschauern, Niederschlägen und geringer Tagestemperatur hat auf den Stand weiterhin ungünstig eingewirkt. An vielen Stellen sind bereits die ausgewinternten Weizenähnle umgepflügt; ob das noch weiterhin erforderlich sein wird, läßt sich erst dann bestimmt sagen, wenn die Vegetation kräftiger eingesetzt hat. Bayern, Württemberg und Baden benennen den Stand des Winterweizens etwas günstiger. Das Bild der Roggenschläge ist gleichfalls ungünstiger als im Vorjahr, wenngleich die Auswinterungen nicht so erheblich sind, wie beim Winterweizen. Ledebur berichtet Westdeutschland auch hierbei über starke Auswinterung. Angesichts des schlechten Saatenstandes der Winterung wird der Mangel an Stielrost ganz besonders hart empfunden. Auch die Wiesen und Weiden stehen schlecht. An vielen Stellen zeigen sich die Wirkungen der abnormen Hitze des Vorjahres an der vernichteten Grasnarbe. Die Anbaufläche der Bütterrüben wird voraussichtlich etwas zurückgehen, infolge der ungünstigen Preisverhältnisse. Der Umfang der Kartoffelanbaufläche wird verschieden beurteilt. Eine gewisse Erweiterung ist wohl zu erwarten, namentlich infolge der nötig werdenden Neuversiegelung der ausgewinternten Schläge, soweit Saatgut und genügend Düngemittel vorhanden sind, was vielerorts nicht der Fall ist. Im allgemeinen ist damit zu rechnen, daß die Anbauflächen alle bestellt werden.

Berlin, 27. April. (Börse.) Kurzschaltung und Unstethheiten dämmten den Anlauf der Börse am Vorlage ein. Die Effektentmärkte waren flau. Man hat dort mit verschiedenen politischen Möglichkeiten gerechnet, die sich aber nicht einstellten. Auch der Devisenmarkt war von Unstethheit beherrscht. Der Dollar notierte zwischen 275 bis 283 Pf. Das spekulative Element hat sich beim Dollarkauf, der am Vorlage zwischen 224 und 300 schwankte, in den Hintergrund geschoben. Die Effektentmärkte brachten keine großen Veränderungen, sondern zeigten nur ein sehr ruhiges Geschäft.

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den aktuellen Notierungen der Berliner Börse am

	27. 4.	26. 4.	1914
100 holländische Gulden	10781	10586	167,—
100 belgische Franken	2397	2401	80,—
100 dänische Kronen	6002	5912	112,—
100 schwedische Kronen	7500	7200	112,—
100 italienische Lire	1508	1528	80,—
1 englischer Pfund	1248	1240	20,—
1 Dollar	281	279	4,20
100 französische Franken	2621	2636	80,—
100 schweizerische Franken	—	5578	80,—
100 tschechische Kronen	549	548	—

5. Klasse 180. Sächs. Landes-Potterie.

Die Nummern, unter welchen die Werte steht, sind mit 1000 Mark gegen zu bezeichnen. (Eine Stunde der Rückfrage — Radierungen beibehalten).

1. Auflistung vom 27. April 1922.

20000	St. 115112	Drake, Sölding I. Ba. R. Tembricht, Blank I. Bögl
10000	St. 903	Stora, Störlitz, Dresden
10000	St. 547	St. Müller & Co., Leipzig
10000	St. 14529	Georg, Gehrke, Oberlaubach I. Ba. St. 2200 I. Ba.
10000	St. 10061	Georg, Gehrke, Nied. a. Elbe
10000	St. 37781	Emil, Sammel, Dresden
10000	St. 45520	W. Weißer, Dresden
10000	St. 8742	Dr. Dipl. Olafsen, Cöln I. Bögl
5000	St. 419	Sturm, Schmiede, Dresden
5000	St. 17120	Robert, Uhler, Dresden
5000	St. 20170	Das Wohl, Rosenthal, Klingenthal I. Bögl
5000	St. 48007	Walter, Schmid, Dresden
5000	St. 47229	Wolff, Schmid, Leipzig
5000	St. 61841	Wolff, Schmid, Leipzig
5000	St. 62765	Wolff, Schmid, Leipzig & Co., Böhl
5000	St. 92650	Georg, Böttcher, Sammel I. Ba.

